

Privilegien entlarvt

Algorithmen sorgten für Besserstellung der Abiturient_innen von Privatschulen

Wird Corona als ein Meilenstein für das Bildungswesen in die Geschichte des Vereinigten Königreiches eingehen? Nicht die verschiedenen Positionen, wie am besten und am sichersten ein geregelter Schulbetrieb im neuen Schuljahr wieder anlaufen soll, stellen das System in Frage, sondern der Umgang mit den Schüler_innen der Abschlussklassen zum GCSE (General Certificate of Secondary Education = Mittlerer Schulabschluss) und zum A-level (Advanced Level = Abitur).

Zuerst beschloss im März die Regierung in Schottland, die Prüfungen wegen Corona auszusetzen. Nordirland, Wales folgten und als letzte Nation England. Schottland setzte bald die Forderungen der schottischen Lehrer_innen- und Schulleitergewerkschaften um und übernahm

die von den Fachlehrer_innen und Schulen vorgeschlagenen Zensuren als Prüfungsergebnis.

Nicht so England. Dort stießen die Forderungen von den Lehrer_innengewerkschaften NASUWT und NEU und der Schulleitergewerkschaft NAHT auf taube Ohren. 39,1 Prozent der Abiturient_innen erhielten in England ein bis zwei Zensuren schlechtere Ergebnisse als ihre Leistungsbewertung durch ihre Fachlehrer_innen beurteilt worden waren.

Wie konnte es dazu kommen?

Statistische Standardisierung

Ofqual, die staatliche Behörde für Standard- und Qualitätssicherung, erstellte ein äußerst kompliziertes Algorithmensystem, das die individuelle Leistung einer Schüler_in einem mehrfachen Ranking unterordnet. Wie

sieht dies aus? Die Lehrer_in beurteilt die Leistung jeder Schüler_in. Neben der Zensur ordnet sie/er die Leistung/Schüler_in in ein Ranking der Lerngruppe ein. Bis hier ist alles, wie bisher.

Um die entfallene Prüfung zu ersetzen, wird die Verteilung des Ranking erst mit den individuellen, dann mit den Ergebnissen der Kohorte der letzten drei Jahre verglichen und gemittelt angepasst. Dies wird für jedes einzelne Prüfungsfach durchgeführt, wobei man wissen muss, dass britische Schüler_innen neben den für GCSE verpflichtenden Fächern Mathematik, Englisch, eine Naturwissenschaft nur noch mindestens zwei weitere Wahlfächer belegen müssen. Für das Abitur reichen in der Regel drei Fächer, d.h., dass die Schüler_innen in den beiden Jahren vor der Prüfung auch nur in diesen Fä-

Foto: 123rf/Cathy Yeulet



Mit oder ohne Hilfe vom Algorithmus hoffnungsvolle Gesichter

chern unterrichtet werden.

Die Ergebnisse sind für die weitere Laufbahn der/des Schüler_in grundlegend. So werden die Studienplätze an den Universitäten in zwei Etappen vergeben. Die Schüler_in bewirbt sich vor der Prüfung mit einer Vorzensur (Predicted grade) an einer Universität. Sie wird entweder sicher oder mit Auflagen (z.B. Verbesserung einer Zensur) angenommen oder abgelehnt.

Gänzlich vergessen wurde bei diesem von Ofqual ausgeklügelten Algorithmensystem eine Gruppe von angenommenen 10 bis 20 Tausend Jugendlichen, die im homeschooling unterrichtet werden ebenso wie die Erwachsenen, die auf dem zweiten Bildungsweg einen Abschluss erreichen wollen. Diese konnten sich zwar individuell zu den Prüfungen bei einem der fünf akkreditierten kostenpflichtigen Anbieter (exam boards) nach dem gleichen Procedere wie dies die Schulen für ihre Prüflinge tun, anmelden, können jedoch keine Vorzensur einer Lehrkraft bzw. Schule vorweisen. Somit haben sie dieses Jahr keinen Zugang zur Prüfung. Diese durch Regierungsvorgaben verursachte Behinderung und Ungleichbehandlung wurde durch eine Studie der Universität Exeter an die Öffentlichkeit gebracht. Juristen haben sich schon der Fälle angenommen.

Proteste

Nach Bekanntwerden der Abiturergebnisse am 13. August baute sich eine breite, landesweite Protestbewegung auf. Schüler_innen gingen zu Tausenden lautstark trotz Mundschutz auf die Straßen, vor das Parlament und forderten, als Individuen und nicht als statistisches Zahlenmaterial behandelt zu werden. Vielen war ihr Studienplatz verloren gegangen, ihre Zukunftsplanung zerstört worden.

Unterstützt wurden sie massiv von den Gewerkschaften,

aber auch von Politiker_innen der Labour und LibDem sowie von backbenchers der Tories. Sie hoben besonders die Benachteiligung von staatlichen Schulen und Bevorzugung von Privatschulen durch das Algorithmensystem hervor und forderten den Rücktritt von Bildungsminister Gavin Williamson als politische Konsequenz des Desasters. Dieser trat zwar noch nicht zurück, musste aber seine Niederlage eingestehen und eine totale Kehrtwende verkünden: „Prüfungsergebnisse sind die von den Schulen benoteten Leistungen. Die Algorithmen werden nicht mehr berücksichtigt. Dies galt auch für die eine Woche später veröffentlichten GCSE-Ergebnisse.“

Premierminister Boris Johnson hielt sich in der ganzen Diskussion sehr zurück. Der Leiter von Ofqual und zwei leitende Beamte des Bildungsministeriums wurden als Sündenböcke mittlerweile entlassen.

Die Rücknahme des Algorithmensystems bedeutet, dass einige Tausend mehr Schüler_innen Anspruch auf einen Studienplatz und eine Universität ihrer Wahl haben. Die Proteste gegen die Bildungspolitik richten sich aber auch gegen den gerade wieder angelaufenen Schulbetrieb. So dürfen sich nur noch 6 Personen, einschließlich Kindern, treffen, während Schulklassen mit 30 Schüler_innen wieder normalen Unterricht erhalten sollen. Wöchentlich veränderte Maßgaben der Regierung verunsichern nicht nur Lehrer_innen, Schüler_innen und Eltern, sondern legen die Konzeptlosigkeit der Regierung offen.

Das Fiasko in der Schulpolitik mag der Funke sein, der neben dem desaströsen Umgang mit der Coronakrise, der Zunahme von Arbeitslosigkeit, Armut, besonders von Kinderarmut und letztlich den immer noch nicht geklärten Brexitverträgen zu einem Absturz der Tories geführt

hat. Die Mehrheit von 80 Sitzen im Unterhaus bei den Wahlen im Dezember 2019 ist geschmolzen. Labour liegt heute nach Meinungsumfragen gleichauf. Immer mehr langgediente Beamte verlassen die Ministerien, da sie die Politik von Johnson und seinem Chefberater Cummings nicht mehr mitverantworten wollen. Selbst ehemalige Tory Premierminister_innen wie John Major oder Theresa May kritisieren öffentlich die Maßnahmen der Regierung.

Zukunft

Patrick Roach, der Generalsekretär der NASUWT, begrüßt die Entscheidung, jedoch „es bleibt noch einiges unklar. Wie soll die Situation für die Schüler_innen, die nächstes Jahr Prüfungen ablegen müssen, aussehen?“ Mary Bousted, Ko-Generalsekretärin der NEU sagt: „Die Regierung muss aus dieser Saga lernen, auf die Pädagog_innen/die Fachleute zu hören. Die Situation muss genutzt werden, um grundsätzlich das Leistungsbewertungssystem auf den Prüfstand zu stellen.“

Darüber hinaus fordern Prominente wie der neue Labourvorsitzende Keir Starmer oder der Journalist Simon Jenkins eine generelle systemische Veränderung des Klassenbildungssystems.

Die Auswirkungen für die Universitäten sind noch nicht voll absehbar. Durch Corona sind Stellen gestrichen und kaum neue Stellen bewilligt worden. Ihre finanzielle Situation ist durch den Wegfall vieler ausländischer, vor allem chinesischer zahlungskräftiger Student_innen nach dem Brexit sehr angespannt. Wie werden sie mit einer nicht eingeplanten hohen Zahl an einheimischen Student_innen umgehen, die nicht das Drei- bis Fünffache der jährlichen Studiengebühren bezahlen?

BARBARA GEIER
FG Internationales